nachmittag interviewt wurde, bestreitet die Darstellung der Pariser Blätter. Der Kassenschrank in der Florenzer Bank habe nur die Familienjuwelen im Werte von etwa 50 000 Frank und dann für etwa eine halbe Million Wertpapiere enthalten, die teils Caillaux, teils ihr selbst gehören und im August 1914 sicherheitshalber nach Italien gebracht wurden. Dem Pariser Untersuchungsrichter sei der wahre Inhalt der Sache Caillaux' mitgeteilt worden. Seit Oktober 1916 sei der Kassenschrank überhaupt nicht mehr geöffnet worden.

In der Kammer wird wahrscheinlich eine Interpellation eingebracht werden, die der Regierung Gelegenheit geben soll, sich über die Gründe der Verhaftung zu äußern. Die ganze Linke ist bestürzt und empört. Sie vergleicht Clemenceaus Tat mit der Entwicklung, die die Dreifus-Affäre nahm. Im übrigen überläßt man die ganze furchtbare Verantwortung Clemenceau.

Eine Interpellation in der Kammer.

Paris, 15. Januar. (Agence Havas.) Die Kammer erörterte die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Lafont über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenke, um den Rechtsgrundsätzen in der Angelegenheit der Untersuchung im Falle Caillaux Achtung zu verschaffen. Lafont wies darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Uebereinstimmung mit dem geltenden Rechte stattgefunden hätten. Eine Formalität sei unbeachtet gelassen worden, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Echtheit des aufgefundenen Schriftstückes bestreiten. Unterstaatssekretär Ignace erklärte: Als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines dem Angeklagten gehörenden Geldschrankes erfuhr, bat der Untersuchungsrichter die Behörde um Ernennung eines Untersuchungsausschusses, der sich an die italienische Regierung zu wenden hätte. Von diesem Augenblick an stand den Justizbehörden des fremden Landes die Oeffnung des Geldschrankes zu. Dies geschah in voller Ordnung und auf loyale Weise.

Die äußerste Linke erhob Einspruch, die Mehrheit der Kammer blieb ruhig. Clemenceau antwortete von seinem Platze aus, er könne Lafont dasselbe antworten, was Ignace ihm gesagt habe, nämlich, daß die französische Justiz nur auf französischem Gebiete souverän sei.

Innerer Waffenstillstand.

Hindenburg und Ludendorff sind wieder aus Berlin abgereist. Blätter sehr verschiedener Richtung erklären, es sei in den Besprechungen beim Kaiser völlige Klärung und ein Ausgleich der Auffassungen zwischen Reichsleitung und Heeresleitung herbeigeführt. Kühlmann bleibt auf seinem Posten und Hertling soll zu dem Gerücht seiner politischen Erkrankung lachend gesagt haben: „Ich habe mich noch nicht gesünder gefühlt."

Die Vossische Zeitung bezeichnet den Zustand, zu dem man sich hindurch„geklärt" hat, als politischen Waffenstillstand. Dieses Blatt will weiter wissen, daß bezüglich des Westens eine völlige Einigung zwischen der politischen und militärischen Leitung erzielt worden ist. Bezüglich des Ostens habe man sich vorläufig mit der Festlegung von Richtlinien begnügt; eine endgültige Entscheidung sei vermieden worden, weil man dem weiteren Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht vorgreifen will. Bemerkenswert sind auch die Aeußerungen des Berliner Zentrumsblattes. Die Germania erklärt, sie sei von dem Ausgang der letztägigen Besprechungen am wenigsten überrascht worden. In der Politik sei nichts bedenklicher als das Schwanken und Graf Hertling sei „nichts weniger als ein schwankendes Rohr". Der Reichskanzler wisse, was er will und was er für das Vaterland erstrebt. Die Frage der Grenzsicherungen aus strategischen Gründen sei auch nicht erst in diesen Wochen geboren. Es sei nur eine Selbstverständlichkeit, wenn wir heute bestätigt sehen, daß unsere Reichsleitung ebensowenig wie die Krone daran denken können, Deutschlands Kriegszielkurs durch Unbeständigkeit zu erschüttern. Das Blatt weist darauf an, daß gewisse Kreise mit ihrem mißglückten Sturm gegen Herrn v. Kühlmann eine allgemeine Krisis herbeizuführen suchten und einem bestimmten Kandidaten die Wege zur Kanzlerschaft zu ebnen hofften.

Allerdings, wie jetzt die Sache aussieht, scheint der persönliche Erfolg des Kanzlers unbestreitbar. Der Versuch, ihn auf unparlamentarischem Wege zu beseitigen, ist gescheitert. Damit ist die schwere innere Gefahr am deutschen Volke vorübergegangen, die das Gelingen dieses Versuchs mit sich gebracht hätte. Recht oder schlecht, Graf Hertling ist nun einmal der Kanzler, der mit Zustimmung der Reichstagsmehrheit Kanzler geworden ist, und es hätte einen Bruch im innerpolitischen Leben Deutschlands gegeben, wenn er durch außerparlamentarische Faktoren zum Rücktritt gezwungen worden wäre.

Nach den Versicherungen, die die Regierung selber abgibt, ist nicht nur ein Personenwechsel vermieden worden, sondern auch die sachliche Politik der Regierung soll keinerlei Abänderung erfahren. Wir halten diese Erklärung für höchstwahrscheinlich richtig, und wenn die alldeutsche Presse geheimnisvoll andeutet, daß die Regierung zu Zugeständnissen an die entgegengesetzte Auffassung genötigt worden sei, so will sie damit doch wohl nur vor ihren Lesern das Mißlingen der großen Attacke verbergen. Eine andere Frage aber ist: was war die sachliche Politik der Regierung bisher, und was wird sie künftig sein?

Es ist nun schon ausgeführt worden, daß das diplomatische Friedensprogramm im Osten vor dem militärischen wenigstens einen Vorzug voraus hat: den der Elastizität. Das militärische Programm ist auf Biegen oder Brechen eingestellt, es verlangt soundso viel Quadratkilometer litauischen und polnischen Gebiets, und kriegt man das nicht, na, dann geht eben der Krieg weiter! Das diplomatische Programm ist nicht von so herzerfrischender Einfachheit. Es operiert mit dem vieldeutigen Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker und versucht, zunächst etwas gewaltsam, ihn so zu interpretieren, daß eine Erweiterung der Macht der Mittelmächte im Osten dabei herausspringen soll. Die Diplomaten sind aber nicht so starr und unbeweglich wie die Militärs, z. B. der General Hoffmann, der den Russen rundheraus erklärt: was mit den besetzten Gebieten des russischen Reiches werde, das gehe sie nichts an. Die Diplomaten sind höflicher und lassen mit sich reden. Leider haben sie ihre Sache nichts weniger als geschickt angefangen; sie haben bei der Gegenpartei, aber auch im Inland selbst das Mißtrauen geweckt, ihnen sei es mit der Selbstbestimmung von Polen, Litauen und Kurland überhaupt nicht ernst. Die Verhandlungen sind dadurch erschwert worden, ja sie drohten schon zweimal zu scheitern. Deswegen braucht aber doch nicht, wenigstens jetzt noch nicht, ganz die Hoffnung aufgegeben zu werden, es werde dennoch zu einem guten Ende kommen.

Der Unterstaatssekretär v. d. Busche hat gestern im Hauptausschuß des Reichstags im Namen des Reichskanzlers die Erklärung abgegeben, daß in den Instruktionen, die Staatssekretär v. Kühlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk erhalten hat, keinerlei Aenderung eingetreten ist. Der Unterstaatssekretär hat außerdem den Vertretern der Reichstagsfraktionen erklärt, der Reichskanzler stehe unentwegt zu seiner Aeußerung vom 29. November über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Am 29. November aber sagte Herr v. Hertling: „Was die ehemals dem Szepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Litauen und Kurland betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht." Wenn also die jetzigen Aeußerungen v. d. Busches mehr sind als eine bloße Redensart, dann brauchen die Russen die Verhandlungen mit Deutschland noch nicht als aussichtslos betrachten, sie brauchen es um so weniger, als ein großer Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands bereit ist, zwischen den deutschen und den russischen Unterhändlern vermittelnd zu wirken in der Weise, daß ein auch den Russen gangbar erscheinender Weg zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker beschritten wird.

Offen gesagt werden muß aber, daß diese Bemühungen von deutscher Seite nicht gerade gestützt werden durch manches, was in Rußland unter der bolschewikischen Herrschaft geschieht. So verstößt die beschlossene Kassierung der Mandate jener Konstituantemitglieder, „die nicht Arbeiter- oder Bauerninteressen vertreten", entschieden gegen den Begriff des demokratischen Selbstbestimmungsrechts. Je demokratischer die Russen im Innern verfahren, desto besser sind auch die Aussichten für den demokratischen Frieden. Weichen aber die Russen von den Grundsätzen der Demokratie ab, wird auch die deutsche Arbeit für einen demokratischen Frieden dadurch erschwert.

Zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie waren in den letzten Tagen die Fäden bis zum Reißen gespannt. Durch die Beilegung der Krise ist zunächst eine gewisse Beruhigung eingetreten. Ob sie anhalten wird, wird von dem weiteren Gang der Dinge in Brest-Litowsk abhängen. Die Regierung muß nun das ihre dazu tun, um die Schwierigkeiten der Friedensverhandlungen zu beseitigen. Wenn sie das nicht kann oder nicht will, dann wird die politische Ruhe im Innern nicht lange dauern.

Die Kanzlerrede.

Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, nimmt man in Abgeordnetenkreisen an, daß der Kanzler nunmehr am Freitag seine angekündigte Rede im Hauptausschuß halten wird.

Die Diktatur der Bolschewiki.

Das Amsterdamer Allg. Handelsbl. erfährt aus London, daß die Bolschewiki-Regierung die Absicht habe, der verfassunggebenden Versammlung, die am 18 Januar zusammentreten soll, ein Ultimatum zu stellen, Rußland zu einer sozialistischen Republik zu erklären sowie alles Land und allen Besitz zu enteignen.

Nach der gestrigen Meldung, wonach der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats den Räten der Bauern, Arbeitern und Soldaten das Recht verleiht, die Wahlen derjenigen Abgeordneten zur verfassunggebenden Versammlung ungültig zu erklären, die nicht die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen vertreten erscheint der angekündigte Zusammentritt der Konstituante unwahrscheinlich. Das Maximalistenblatt Iswestija erklärt zu dieser Maßnahme, sie sei notwendig gewesen, weil sonst die rechtsstehenden Sozialrevolutionäre die Mehrheit bekommen hätten, die den alten Weg der Kerenskischen Koalitionspolitik eingeschlagen hätte. Diese Mehrheit sei entstanden infolge eines Fehlers der linksstehenden Sozialrevolutionäre, die keine eigenen Listen aufstellten. Viele Gouvernements sprächen den gewählten Kandidaten ihr Mißtrauen aus. — Havas meldet aus Petersburg: Bis jetzt sind 485 Wahlergebnisse für die Nationalversammlung bekannt. 260 Sitze entfallen auf die revolutionären Sozialisten, 154 auf die Maximalisten.

Daily News erfahren aus Petersburg: Die Bolschewiki haben alle ausständigen Beamten des Finanzministeriums entlassen und des Pensionsrechtes beraubt. Der Volksbeauftragte Antonow meldet, daß das Donetz-Becken von Kaledins Truppen gesäubert und die Kohlenerzeugung in den Händen der Bolschewiki sei. Das Getreide sei zur Verwendung nach dem Norden beschlagnahmt worden.

Nach einer Meldung der Nationalidende aus Haparanda berichtet Dien, daß sich Lenin zur Zeit in einem finnischen Sanatorium befinde, wo er täglich Kuriere und andere Besuche empfange, die ihn über die Lage in Petersburg unterrichten. Laut Meldung der Agence Havas aus Petersburg wurden der rumänische Gesandte Diamandi und das Personal der Gesandtschaft gestern abend auf Befehl der Volksbeauftragten verhaftet und in der Peter-Paul-Festung interniert. Das diplomatische Korps, auch der Neutralen, sei von der amerikanischen Gesandten Francin dringend zusammenberufen worden, um Einspruch zu erheben.

Odessaer Zeitungen teilen mit, daß in Sebastopol seit mehreren Tagen grausame Offiziersmorde stattfinden. Die Gesamtzahl der Getöteten betrug 70, darunter Admiral Nowitzki, Koskow, Alexandrow und General Keltig. In Sebastopol herrschte vollständige Anarchie. Grobe Matrosenexzesse wurden verübt. 28 tote Offiziere wurden ins Meer geworfen. Nach der Zeitung Echo trugen die Soldaten auf Bajonetten abgeschnittene Offiziersköpfe herum. Die Lage im südrussischen Bürgerkrieg entwickelte sich für die Bolschewiki günstig.

Die Ukraine.

Dr. Jenny schreibt in der Nordd. Allg. Zeitung: Langsam entsteigt den Wassern der russischen revolutionären Sintflut im Süden Rußlands ein neues Festland: die Ukraine. Wie der Name besagt, einst das Grenzland, oder ganz wörtlich, das „Randland" des Ostslawentums gegen Türken und Tataren. Das Land, dieser einstige Wiege russischer Kulturanfänge, ist an dieser seiner Stellung als Staat zerrieben worden. Dem furchtbaren Stoß des Tatareneinfalls im 13. Jahrhundert waren die ukrainischen Staatengebilde erlegen. Schwache Ansätze zur Neugestaltung, die nach mehr denn 200 Jahren unternommen wurden, zeitigten keine dauernden Erfolge. Das mächtige Polenreich und das ländergierige Moskowien waren inzwischen zu großer Macht gelangt; sie zerstückelten geographisch das Land und durchsetzten es kulturell, bis es im 17. Jahrhundert politisch unterging. Es ward aufgeteilt zwischen den übermächtigen Nachbarn; der Dnjepr wurde zur Scheidelinie. Das fruchtbare Land blieb bis zum Ende des 18. Jahrhunderts der Tummelplatz der Kriege zwischen Polen, Türken und Rußland und sank demgemäß an Wohlstand und Kultur in immer tieferen Verfall.

Trotz dieser widrigen Schicksale blieb der kräftige, zähe und lebhafte Volksstamm der Kleinrussen nicht nur bestehen, sondern vermehrte sich zu der ansehnlichen Zahl von etwa 35 Millionen Köpfen. Zugleich bewies die moderne wirtschaftliche Entwicklung immer deutlicher, daß das ukrainische Volk die wertvollsten Gebietsteile Rußlands innehatte. Die gesegnetsten Gefilde der Getreideerzeugung fielen ihm an, insbesondere die üppige Schwarzerde fiel ihm zu. Fast die gesamte russische Zuckerproduktion gehört der heutigen Ukraine an, ebenso das reichste Bergbaugebiet (Kohle und Eisen sowie Salz, Quecksilber und Mangan). Auch der sich neu erschließenden Siedlungsgebiete im nördlichen Kaukasus hat sich das Kleinrussentum überwiegend zu bemächtigen gewußt. Allein ein schwerer Schaden für sein Volkstum und seine politische Kraft haftete jeder politischen Teilung an und wirkt bis auf den heutigen Tag nach. Es vollzog sich während mehrerer Jahrhunderte der ununterbrochene Uebertritt der sozial tüchtigsten Elemente zu den herrschenden Fremdstämmen, was eine weitere kulturelle Schwächung des vielgeprüften Volkstums zur Folge hatte und es seiner berufenen Führer beraubte. Westlich des Dnjepr gingen seine besten Kräfte bis ins 19. Jahrhundert hinein an das Polentum verloren, späterhin suchten sie Anlehnung an das Großrussentum, um so wenigstens der Orthodoxie erhalten zu bleiben. Oestlich das nationalen Stromes verfiel alles, was irgendwie sozial emporstieg, sofort dem Einfluß Moskaus und Petersburgs. Staatsdienst, wirtschaftliche, gesellschaftliche und höfische Beziehungen sogen alles ins Großrussentum auf. Der harte Druck der zarischen Einheitsbestrebungen vervollständigte diese schleichende Entkräftung noch. Die Sprache wurde in Acht getan, das kärgliche Schulwesen und die Kirche in den Dienst der Entnationalisierung gepreßt. Erst in allerneuester Zeit machte sich eine leise rückläufige Bewegung zu nationalem Bewußtsein unter dem geringeren Mittelstand bemerkbar, dem eine rasch und vorzüglich eingeleitete Genossenschaftsbewegung seit 1905 Rückhalt und Nachdruck verschaffte und sogar Ansätze eines erneuerten Schrifttums entstehen ließ. Die junge Bewegung ist dergestalt merkwürdig schnell erstarkt. Und heute bekennen sich bereits eine kleine Anzahl geistig hochstehender Führer und ein immerhin nennenswerter Bruchteil des kleineren Mittelstandes sowie der niederen Geistlichkeit zum nationalen Gedanken. Die Ukraine ist völkisch wiedererwacht.

So sind denn die Voraussetzungen zu einer eigenen Staatenbildung heute wie folgt zu bewerten: Die Grundlagen für materiellen Wohlstand sind überaus aussichtsvoll; die reichsten Landstrecken Rußlands fallen in die Grenzen der Ukraine und dienen zur Begründung einer blühenden Volkswirtschaft. Auch die Handelslage, als Vorlagerung des gewaltigen russischen Kontinents gegen das Schwarze Meer hin, ist ungemein günstig. Was die Volkszahl betrifft, so läßt sich ein Gebiet von etwa 40 Millionen sehr wohl zu einem machtvollen Staatswesen zusammenfassen und mag ihm dauernden Bestand versprechen. Abträglich erscheint nur die ungenügende Gliederung dieser Volksmassen. Denn noch sind größerer Grundbesitz und Industrie, soweit letztere nicht jüdisch oder (im Donetzgebiet) ausländisch, ganz nach Großrußland orientiert; ebenso überwiegend die Geistlichkeit, der Adel, das mittlere Bürgertum und der größte Teil der „Intelligenz". Doch mag eine Kräftigung der gegenwärtigen Lage entspringen, die bewirkt, daß alle Elemente, welche sich der kommunistischen Richtung der Petersburger Sowjetgewalt zu erwehren suchen, zum Anschluß an die Sonderbestrebungen der ukrainischen Zentral-Rada sich gedrängt fühlen; diese ist aber rein nationalistisch-ukrainisch. So dürften sich manche Angehörigen der höheren Stände, die längst ihr Kleinrussentum vergessen hatten, wieder darauf besinnen. Dieser soziale Gegensatz zwischen Petersburg und Kiew würde somit dem Ukrainertum eine ganz unverhoffte Stärkung auch in nationaler Hinsicht zuleiten.

In überaus geschickter Weise haben die Führer die sich während des russischen Umsturzes bietenden Gelegenheiten auszunützen verstanden. Gleich nach Sturz des Zaren spürte ein frischer Wind in der Ukraine auf. Es entstand ein staatlicher Embryo im „Generalsekretariat". Unter diesem unscheinbaren Namen trotzten Professor Gruschewski, Winnitschenko und die übrigen Führer dem widerwillig Kerenski immer weiter gehende Beisagnisse einer nationalen Autonomie ab. Auch einzelne Truppenteile wurden auf Ukrainern errichtet und später unter der Hand ganze Truppenverbände nationalisiert, bis heute die Rada bereits die gesamte südwestliche Russenfront für sich in Anspruch nimmt. Gericht und Verwaltung wurden von Ukrainern mehr und mehr durchsetzt, Steuern eingezogen. Als die Maximalisten ans Ruder kamen, da zögerte man nicht länger. Die Vertreter der Rada nahmen scharf Stellung gegen Petersburg, betonten die völlige Autonomie, erweiterten auch ihren geographischen Machtbereich um mehrere Gouvernements, die ihnen bei ihren ersten Autonomiebestrebungen von den ersten Revolutionsregierungen Kerenskis abgesprochen worden waren. Und heute krönt das Ganze eben das Erscheinen der Ukrainer am Verhandlungsort Brest-Litowsk.

Das neue Staatswesen wächst sich demnach nach allen Richtungen aus. Anfangs noch verschwommen und vermischt aus dem Chaos des Umsturzes auftauchend, gewinnt es feste Grenzen und dehnt sie obendrein erfolgreich aus. Es hat auch immer weiter reichende Befugnisse sich zueignen gewußt, scheint seine Organe einschließlich der Armee so gut ausgebaut zu haben, daß sie wenigstens nicht schlechter funktionieren als im derzeit völlig verwirrten Russenreich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180116/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG